

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Literaturverzeichnis	XVII
Materialienverzeichnis	XLI
Abkürzungsverzeichnis	XLV
Einleitung	1
1. Kapitel: Zur prozessualen Rolle der Staatsanwaltschaft und zum Bedarf nach kompensatorischen Elementen im Vorverfahren	7
A. Das Bedürfnis nach Gegengewichten zur zentralen Rolle der Staatsanwaltschaft	9
B. Staatsanwaltschaftliche Ermittlungskompetenz im Besonderen: Machtkompensierende Elemente und deren Bedeutung	60
C. Zwischenbetrachtung	99
2. Kapitel: Das Teilnahmerecht als Ausgleich zur Machtfülle der Staatsanwaltschaft im Allgemeinen	101
A. Vorbemerkungen	103
B. Das Teilnahmerecht unter der Geltung des kantonalen Strafprozessrechts	104
C. Das Teilnahmerecht bei Inkrafttreten der Schweizerischen Strafprozessordnung .	125
D. Das Teilnahmerecht und die (gescheiterten) Bestrebungen zu dessen Reform . . .	128

3. Kapitel: Das Teilnahmerecht nach Art. 147 StPO als effektives Partei- und Verteidigungsrecht mit Kompensationscharakter?	169
A. Rechtsgrundlagen des Teilnahmrechts	171
B. Zeitlicher Anwendungsbereich	175
C. Träger des Teilnahmrechts	192
D. Von Art. 147 Abs. 1 StPO erfasste Beweiserhebungen	195
E. Inhalt des Teilnahmrechts	214
F. Verhinderung bei der Ausübung des Teilnahmrechts	223
G. Verzicht auf die Ausübung des Teilnahmrechts	241
H. Die Einschränkungen des Teilnahmrechts	251
Zusammenfassende Schlussbetrachtung	345

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Literaturverzeichnis	XVII
Materialienverzeichnis	XLI
Abkürzungsverzeichnis	XLV
Einleitung	1
1. Kapitel: Zur prozessualen Rolle der Staatsanwaltschaft und zum Bedarf nach kompensatorischen Elementen im Vorverfahren	7
A. Das Bedürfnis nach Gegengewichten zur zentralen Rolle der Staatsanwaltschaft	9
I. Zur staatsanwaltschaftlichen Eröffnungskompetenz	11
II. Zur staatsanwaltschaftlichen Einstellungskompetenz	15
1. Kompetenz zum Erlass einer Nichtanhandnahmeverfügung	16
2. Kompetenz zum Erlass einer Einstellungsverfügung	16
3. <i>In dubio pro duriore</i> als mögliches kompensatorisches Instrument	18
4. Rechtsmittel als mögliches kompensierendes Element	21
5. Zwischenbetrachtung	27
III. Zur staatsanwaltschaftlichen Ermittlungskompetenz	28
IV. Zur staatsanwaltschaftlichen Anklagekompetenz	28
V. Zur staatsanwaltschaftlichen Sanktionskompetenz	33
1. Im Rahmen des Strafbefehlsverfahrens	33
a) Voraussetzungen als möglicher Machtausgleich	35
b) <i>In dubio pro duriore</i> und <i>in dubio pro reo</i> als mögliche kompensatorische Instrumente	38
c) (K)Ein durchsetzbarer Anspruch auf Strafbefehlserlass	40
d) Einsprache als mögliches Instrument zur Kompensation der staatsanwaltschaftlichen Spruchkompetenz	41
e) Zwischenbetrachtung	50
f) Die StPO-Reform führt nur zu marginal mehr Rechtsstaatlichkeit	50
2. Im Rahmen des abgekürzten Verfahrens	53

B. Staatsanwaltschaftliche Ermittlungskompetenz im Besonderen:	
Machtkompensierende Elemente und deren Bedeutung	60
I. Relevanz der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungskompetenz im Kontext der (Un-)Mittelbarkeit	60
II. Polizeiliches Ermittlungsverfahren als mögliches kompensatorisches Instrument	63
III. Zwangsmassnahmengericht als Machtausgleich	69
IV. Beschwerderecht als Kompensationsinstrument	80
V. Parteirechte und ihr effektiver Einfluss auf die Machtfülle der Staatsanwaltschaft	83
1. Parteirechte als machtkompensierende Elemente im Allgemeinen	83
2. Ausgewählte Verteidigungsrechte und ihre Bedeutung als machtkompensierende Elemente	85
a) Das Recht auf formelle Verteidigung im Besonderen	85
b) Das Beweisantragsrecht im Besonderen	91
C. Zwischenbetrachtung	99
2. Kapitel: Das Teilnahmerecht als Ausgleich zur Machtfülle der Staatsanwaltschaft im Allgemeinen	101
A. Vorbemerkungen	103
B. Das Teilnahmerecht unter der Geltung des kantonalen Strafprozessrechts	104
I. Untersuchungsrichtermodell I	106
II. Untersuchungsrichtermodell II	109
III. Staatsanwaltschaftsmodell I	115
IV. Staatsanwaltschaftsmodell II	120
V. Zusammenfassende Zwischenbetrachtung	124
C. Das Teilnahmerecht bei Inkrafttreten der Schweizerischen Strafprozessordnung	125
D. Das Teilnahmerecht und die (gescheiterten) Bestrebungen zu dessen Reform	128
I. Der Anlass der Reformbestrebungen im Bereich des Teilnahmerechts	128
II. Überblick über das (gescheiterte) Gesetzgebungsverfahren	133
1. Lösungsvorschlag im Vorentwurf	133
2. Diskussion im Vernehmlassungsverfahren	136
3. Lösungsansatz im überarbeiteten Entwurf	140
4. Die parlamentarischen Beratungen	141
a) Die Beratungen im Nationalrat als Erstrat	141
b) Die Beratungen im Ständerat als Zweitrat	144
c) Die Differenzbereinigung und die Schlussabstimmung	149
aa) Erste Differenzbereinigung im Nationalrat	149
bb) Erste Differenzbereinigung im Ständerat	151
cc) Zweite Differenzbereinigung im Nationalrat	152
dd) Zweite Differenzbereinigung im Ständerat	153
ee) Parlamentarische Schlussabstimmungen vom 17. Juni 2022	153
III. Zusammenfassende Würdigung	154
IV. Gedanken zu allfällig weiteren, das Teilnahmerecht betreffende Reformbestrebungen	164

3. Kapitel: Das Teilnahmerecht nach Art. 147 StPO als effektives Partei- und Verteidigungsrecht mit Kompensationscharakter?	169
A. Rechtsgrundlagen des Teilnahmrechts	171
I. Konventionsrechtliche Grundlagen	171
II. Nationalrechtliche Grundlagen	173
1. Verfassungsrecht	173
2. Gesetzesrecht	174
B. Zeitlicher Anwendungsbereich	175
I. Die (un-)mittelbare Beweiserhebung im Strafprozess	175
II. Die polizeilichen Tätigkeiten vor und während der staatsanwaltschaftlichen Untersuchung	177
1. Übersicht über die Arten der polizeilichen (Ermittlungs-)Tätigkeit	177
2. Das polizeiliche Ermittlungsverfahren als Bestandteil des strafprozessualen Vorverfahrens	181
a) Aufnahme und Grundlagen des polizeilichen Ermittlungsverfahrens	181
b) Das Teilnahmerecht im Rahmen des polizeilichen Ermittlungsverfahrens	182
aa) Bei selbständigen polizeilichen Ermittlungen	182
bb) Bei unselbständigen polizeilichen Ermittlungen	184
3. Würdige Zwischenbetrachtung	190
C. Träger des Teilnahmrechts	192
I. Das Teilnahmerecht der Parteien	192
II. Das Teilnahmerecht des Rechtsbeistands bzw. der Verteidigung im Besonderen	194
D. Von Art. 147 Abs. 1 StPO erfasste Beweiserhebungen	195
I. Kein <i>numerus clausus</i> der Beweismittel	196
II. Zwangsmassnahmen und Vorbereitungshandlungen	200
III. Das Teilnahmerecht der Verteidigung bei der psychiatrischen Exploration der beschuldigten Person	202
E. Inhalt des Teilnahmrechts	214
I. Anwesenheitsrecht als Teilgehalt von Art. 147 Abs. 1 StPO	214
II. Fragerecht	215
1. Fragerecht als Teilgehalt von Art. 147 Abs. 1 StPO	215
2. Abgrenzung zum Fragerecht im Rahmen der strafprozessualen Möglichkeit der Konfrontationseinvernahme und des konventionsrechtlich garantierten Konfrontationsanspruchs	218
III. Informationsrecht bzw. -pflicht als Teilgehalt von Art. 147 Abs. 1 StPO	220
IV. Recht auf Übersetzung	222
F. Verhinderung bei der Ausübung des Teilnahmrechts	223
I. Grundsatz: Kein Anspruch auf Verschiebung der Beweiserhebung	223
II. Ausnahme: Wiederholung der Beweiserhebung	225
1. Nichtteilnahme des Rechtsbeistands und/oder der Partei	228
2. Verhinderung der Teilnahme aus zwingenden Gründen als Voraussetzung	231
3. Umfang der Wiederholung	233

4.	Absehen von einer Wiederholung	235
a)	Durch Verzicht infolge unverhältnismässigem Wiederholungsaufwand	235
b)	Infolge Unmöglichkeit	239
c)	Infolge Berufung auf das Zeugnis- oder Aussageverweigerungsrecht im Besonderen	240
G.	Verzicht auf die Ausübung des Teilnahmerechts	241
I.	Zulässigkeit des Verzichts auf das Teilnahmerecht	241
1.	Verzicht durch die beschuldigte Person als Partei	241
2.	Verzicht durch die Verteidigung als Beistand der beschuldigten Person	244
II.	Form des Verzichts und Adressat der Verzichtserklärung	247
III.	Endgültigkeit bzw. Bindungswirkung des Verzichts	250
H.	Die Einschränkungen des Teilnahmerechts	251
I.	Voraussetzungen für die Einschränkung des Teilnahmerechts im Allgemeinen	252
II.	Die institutionalisierten Selbstlimitierungen des Teilnahmerechts	252
III.	Der (überschaubare) praktische Anwendungsbereich des Teilnahmerechts	255
1.	Verzicht auf Rapportierung an die Staatsanwaltschaft	255
2.	Die staatsanwaltschaftliche Nichtanhändnahme, Sistierung oder Einstellung	257
3.	Erledigung mittels Strafbefehl	259
4.	Zwischenfazit: Das Teilnahmerecht bleibt oft ein theoretischer Anspruch	265
IV.	Die (un-)erlaubte Beschränkung des Teilnahmerechts aufgrund praktischer Rechtfertigungegründe	265
V.	Gesetzliche Grundlagen zur (möglichen) Beschränkung des Teilnahmerechts	266
1.	Einschränkungsmöglichkeiten bei besonderen Beweiserhebungen	266
a)	Teilnahmerechtseinschränkung bei Beweiserhebungen mittels Videokonferenz	266
b)	Teilnahmerechtseinschränkung bei Beweiserhebung mittels schriftlicher Berichte	270
c)	Teilnahmerechtseinschränkung bei Beweiserhebungen per Rechtshilfe	273
2.	Schutzmassnahmen nach Art. 149 ff. StPO als Einschränkungsgrundlage	277
3.	Einschränkung des Teilnahmerechts durch Verfahrenstrennung	285
4.	Teilnahmerechtseinschränkung gestützt auf Art. 146 Abs. 1 und 4 StPO	297
a)	Die Prämisse der «getrennten Einvernahme» bietet (k)eine Einschränkungsmöglichkeit	298
b)	Die Möglichkeit eines vorübergehenden Ausschlusses	303
aa)	Gestützt auf Art. 146 Abs. 4 lit. b StPO	304
bb)	Gestützt auf Art. 146 Abs. 4 lit. a StPO	309
5.	Einschränkung des Teilnahmerechts gestützt auf Art. 108 StPO	313
6.	Möglichkeit einer analogen Teilnahmerechtseinschränkung gestützt auf das Akteneinsichtsrecht nach Art. 101 Abs. 1 StPO	321
a)	Die (etablierte) bundesgerichtliche Rechtsprechung	322
b)	Zu den Voraussetzungen einer zum Akteneinsichtsrecht analogen Einschränkung des Teilnahmerechts	325
aa)	Beschränkung auf (mit-)beschuldigte Personen	325

bb) Die Voraussetzung der noch nicht erfolgten Vorhalte (und der konkreten Kollusionsgefahr)	326
cc) Abnahme der übrigen wichtigsten Beweise nach Art. 101 Abs. 1 StPO als mögliche weitere Voraussetzung	332
c) Weitere (kritische) Gedanken zur bundesgerichtlichen Rechtsprechung und der darauf gestützten etablierten Praxis	334
aa) Zur Zulässigkeit einer analogen Anwendung von Art. 101 Abs. 1 StPO	334
bb) Ausweitung des Ausschlusses auf die Verteidigung	339
cc) Zur Verletzung des Gleichbehandlungegrundsatzes	341
7. Zusammenfassung	343
Zusammenfassende Schlussbetrachtung	345